



Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Herrn Peter Altmaier
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

11019 Berlin

In Kopie an die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit Svenja Schulze

Berlin, 12. Februar 2021

Offener Brief: Ausbauziele für erneuerbare Energien massiv erhöhen

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

wir begrüßen, dass die Bundesregierung gemäß Entschließungsantrag vom 17. Dezember 2020 noch in diesem Frühjahr die Erhöhung der Ausbauziele für erneuerbare Energien im Rahmen des EEG plant und diese an ein erhöhtes EU-Ziel anpassen wird. Dieser Schritt ist überfällig, denn wie mehrere Studien bereits gezeigt haben, reichen die in der aktuellen Novelle des EEG festgesetzten Ausbaupfade noch nicht einmal aus, die von der Bundesregierung beschlossenen 65 Prozent erneuerbare Energien im Stromsektor bis 2030 zu erreichen. Das 65-Prozent-Ziel ist weiterhin unzureichend für einen Paris-kompatiblen Minderungspfad. Deutschland muss neben einer zu intensivierenden Zusammenarbeit im internationalen Klimaschutz endlich auch zu Hause beginnen, einen fairen Beitrag zur Umsetzung des völkerrechtlich bindenden Pariser Klimaabkommens zu leisten. Insbesondere vor dem Hintergrund der Erhöhung des europäischen Klimaziels auf mindestens 55 Prozent bis 2030 und der klimafreundlichen Elektrifizierung anderer Sektoren wie Industrie, Wärme und Verkehr, bedarf es zwingend deutlich ambitionierterer Ausbaupfade, gerade bei der Windenergie an Land und der Photovoltaik.

Der von Ihnen prognostizierte Bruttostromverbrauch für 2030 in Höhe von 580 Terrawattstunden ist deutlich zu niedrig angesetzt. Für den Erfolg der Energiewende und das Erreichen der Klimaziele ist eine Erhöhung des Ökostromanteils auf mindestens 80 Prozent – bei einem der Wirklichkeit angepassten Bruttostromverbrauch – bis 2030 notwendig. Das bedeutet einen Zubau von mindestens 7 Gigawatt Windenergie an Land jährlich und eine Verdoppelung des Zubaus von Photovoltaik auf mindestens 10 Gigawatt jährlich bis 2030. Bereits bis 2035 muss der Stromsektor vollständig auf naturverträgliche erneuerbare Energien umgestellt sein, um die Treibhausgasneutralität Deutschlands bis spätestens 2050 zu ermöglichen.

Neben den unzureichenden Ausbaupfaden enthält die aktuelle EEG-Novelle gravierende Verschlechterungen für die Planung und Realisierung von EE-Anlagen. So droht mit der „endogenen Rationierung“ in § 28 Abs. 6 EEG 2021, die Ausschreibungsmenge bei Unterzeichnung kontinuierlich abzunehmen. Das konterkariert die notwendige Ambition und muss deshalb in der anstehenden Überarbeitung ersatzlos gestrichen werden.

Die bisherigen Erfolge beim Ausbau der erneuerbaren Energien beruhen überwiegend auf den Beteiligungsmöglichkeiten von Bürger*innen, Genossenschaften und Stadtwerken.

Insbesondere die Einführung von Ausschreibungen hat jedoch zu einem starken Rückgang von Bürger*innen-Energieprojekten geführt. Wir brauchen eine Wiederbelebung dieses Geistes. Die EU spricht in ihrer Mitteilung zur Europäischen Energieunion von einer „Revolution“ im Energiebereich, wobei Bürger*innen und ihre Rechte als Prosumer in den Mittelpunkt einer neuen EU-Energiemarktregulierung gestellt werden sollen. Aus der Erneuerbare-Energien-Richtlinie der EU (RED II) geht hervor, dass dies bis Mitte 2021 in nationales Recht umgesetzt werden soll. Staaten wie Portugal oder Polen haben hier konkrete Vorschläge erarbeitet, in der EEG-Novelle bleibt dies jedoch eine Leerstelle. Um der Umsetzung der RED II gerecht zu werden, müssen konsequent alle Hürden und Hemmnisse abgebaut werden, die gerade kleinere Marktakteure behindern und damit die gesamtgesellschaftliche Partizipation am Gemeinschaftsprojekt Energiewende untergraben. Es bedarf Rahmenbedingungen, die neue Konzepte wie z.B. Energy Sharing unterstützen.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, wir bitten Sie, die jetzt anstehende Überarbeitung des EEG zu nutzen, um den erneuerbaren Energien wieder den Stellenwert einzuräumen, der ihnen gebührt. Sie sind die Basis aller Klimaschutzbemühungen und Voraussetzung für nachhaltigen Wohlstand in Deutschland.

Für weiterführende Gespräche stehen wir Ihnen sehr gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Kai Niebert
Präsident
DNR



Antje von Broock
Bundesgeschäftsführerin Politik
und Kommunikation
BUND



Sascha Müller-Kraenner
Bundesgeschäftsführer
DUH



Christoph Bals
Politischer Geschäftsführer
Germanwatch



Martin Kaiser
Geschäftsführender Vorstand
Greenpeace



Dr. Christiane Averbek
Geschäftsführerin
Klima-Allianz Deutschland



Leif Miller
Bundesgeschäftsführer
NABU



Christoph Heinrich
Vorstand Naturschutz
WWF